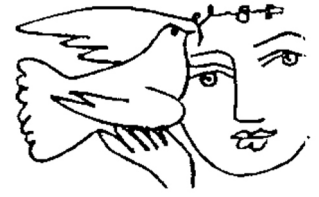


21. Friedensratschlag (6./7.12.2014) in Kassel



## Workshop: „Friedensbewegung und Gewerkschaften“ - Arbeitsvorschläge

- Anträge in Verwaltungsstellen und Grundorganisationen zu den Gewerkschaftstagen Verdi (Sept.) und IGM (Okt.)
- zu Frieden, Abrüstung und Konversion initiieren. Das muss sehr schnell geschehen, da Antragsfristen (siehe unten)
- Gespräch mit Delegierten zu den Gewerkschaftstagen suchen
- In Grundorganisationen, Vertrauensleutkörpern, Jugendkonferenzen, Verwaltungsstellen und anderen Gewerkschaftskonferenzen Vorlagen für Resolutionen oder Beschlüsse zu Frieden, Abrüstung und Konversion initiieren. Zwei Beispiele hängen unten an
- Wortmeldungen selber auf Konferenzen dazu oder Delegierte dort für das Thema gewinnen
- Frieden, Abrüstung und Rüstungskonversion mit der Diskussion gegen TTIP etc. verbinden
- Kontakt zu friedensbewegten GewerkschafterInnen suchen, halten, unterstützen
- GewerkschafterInnen zu antimilitaristischen bzw. Friedenarbeitskreisen als Referentinnen einladen und diskutieren
- GewerkschafterInnen auf Friedenskundgebungen sprechen lassen
- Sich selber als ReferentIn zu Gewerkschaftsthemen anbieten
- Wir machen eine ReferentInnen Liste zu Rüstungskonversion, jede/r der auch mit drauf will, mit Kontaktdaten bitte melden
- SPD Ortsvereine und Landeskonferenzen mit dem Thema „behelligen“
- Briefe an Bevollmächtigte, mit ihnen Gespräch zu Frieden ... suchen
- Leserbriefe oder Artikel den Gewerkschaftszeitungen anbieten
- Ausstellung zu Brand des Odessa Gewerkschaftshauses zur Ausstellung in den Gewerkschaftshäusern oder anlässlich Konferenzen anbieten
- Flugblätter zu Frieden .... vor örtlichen Gewerkschaftskonferenzen verteilen

**Verdi: Antragsschluss** und den Meldeschluss für die Delegierten hat der Gewerkschaftsrat auf den 17. Mai 2015 festgesetzt. Zwischen April und November finden in allen Bezirken und Bezirksfachbereichen Konferenzen statt, zwischen Oktober 2014 und März 2015 die Landes- und Landesbezirksfachbereichskonferenzen. Darauf folgen ab März 2015 die Bundesfachbereichskonferenzen.

Bei Verdi könnte es u .Umständen nur noch zu Initiativanträgen reichen

### **IGM: Antragsschluss**

Ein sog. „Debattenpapier“ zu den Entschließungen wird mit der Januarausgabe der metallzeitung veröffentlicht – soll Impulse für die Antragstellung geben

Anträge an den 23. GT müssen bis zum 1.Mai 2015 beim Vorstand eingereicht sein.

Die von den Delegiertenversammlungen beschlossenen Anträge werden durch die Verwaltungsstellen ab dem 1.März 2015 in das Antragstool im INTRANET (also nur intern) eingegeben.

Die Wahl der Delegierten soll in der Zeit 4. bis 11. KW 2015 durchgeführt werden (19.1. bis 14.3.'15; Meldeschluss 31.3.'15)

Für die Beschlüsse von Anträgen auf örtlicher Ebene sollten sind die Termine der **Delegiertenversammlungen im Februar 2015** wichtig.

## Resolution der Delegiertenkonferenz der IG Metall Stuttgart vom 20. September 2014

### In der aktuellen Diskussion über Rüstungs- und Waffenexporte nimmt die Delegiertenkonferenz der IG Metall Stuttgart wie folgt Stellung:

Deutschland ist nach den USA und Russland inzwischen der drittgrößte Waffenexporteur der Welt. Bei Panzerlieferungen nimmt Deutschland sogar den 2. Platz ein, bei U-Booten den 1. Besonders skandalös ist auch der Export von Kleinwaffen, durch die weltweit die meisten Menschen, vor allem auch bei nicht staatlich geführten Konflikten (Bürgerkriegen), ums Leben kommen.

2013 hat Deutschland für 6,7 Mrd. Euro Waffen exportiert. Für Produkte, die ausschließlich zum Töten von Menschen hergestellt wurden, ist dies eine ungeheure Summe. Gemessen am Gesamtexportvolumen Deutschlands (1100 Mrd. Euro) ist sie vernachlässigbar, entspricht sie doch gerade einmal 0,6% der gesamten deutschen Exporte. Auch ist die Anzahl der Arbeitsplätze in der Rüstungsindustrie eher gering (Schätzungen liegen bei 80.000 bis 100.000), aber die moralische Komponente dieser Produktion ist doch sehr bedrückend. Denn: Rüstungsproduktion ist kein „normaler“ Industriezweig. Hier werden mit Blut, Mord und Kriegen Höchstprofite erwirtschaftet – eine menschenverachtende Produktion.

62% der Exporte gingen an sogenannte Drittstaaten, also Staaten außerhalb von EU und NATO, denen gegenüber keine Bündnisverpflichtungen bestehen. Ein Teil davon ging wiederum in Staaten, die zu den Spannungsgebieten gehören oder zu diesen Beziehungen pflegen (wie z. B. Saudi-Arabien).

### Wir verurteilen Rüstungsproduktion und Rüstungsexporte und fordern:

- Bei allen Waffenexporten einschränkende Gesetze und eine restriktivere Handhabung derselben! Das erfordert auch eine parlamentarische Kontrolle aller Waffenexporte. Begrenzung der Rüstungsexporte auf Staaten, gegenüber denen hierzu unausweichliche bündnispolitische Verpflichtungen bestehen (EU/NATO), insbesondere keine Rüstungsexporte in Krisenregionen und in Länder, in denen Menschenrechte missachtet werden! Totales Verbot des Exports von Kleinwaffen! Keine Finanzierung von Rüstungsexporten mit Steuergeldern! Langfristig wäre wünschenswert, Rüstungsproduktion und Rüstungsexporte ganz abzuschaffen. Denn: Rüstungsproduktion ist menschenverachtend sowie eine ungeheure unnütze Verschwendung von Ressourcen aller Art. Angesichts der heutigen Situation (Kriege, Klimawandel, Rohstoffknappheit...) kann sich dies die Menschheit nicht leisten.
- Arbeitsplatzverluste in der Rüstungsindustrie sind durch Wandlung in Arbeitsplätze zur Herstellung ziviler, gesellschaftlich notwendiger Produkte zu kompensieren. Rüstungsarbeitsplätze erfordern Investitionen in teure Technologie. Für dieses Geld können in anderen Bereichen (Bildung, Gesundheit...) mehr und gesellschaftlich sinnvolle Arbeitsplätze geschaffen werden. Die Konversionsdebatte muss in den Rüstungsbetrieben nachhaltig geführt werden. Hier übernimmt die IG Metall eine aktive und steuernde Rolle.
- Bei den Rüstungsarbeitsplätzen handelt es sich zu einem großen Teil um hochqualifizierte anspruchsvolle Arbeitsplätze (siehe z.B. Roman Zitzelsberger in der Kontext-Wochenzeitung vom 27.8. 2014). Da die meiste Rüstung in Mischkonzernen produziert wird, ist die Konversion auch umsetzbar. Wo es trotzdem zu Beschäftigungsproblemen kommen sollte, ist die Konversion staatlich unterstützt zu begleiten. Gegebenenfalls können auch über Arbeitszeitverkürzungen Beschäftigungsprobleme aufgefangen werden.

**Die IG Metall ist Teil der Friedensbewegung** – diesen Satz von unserem **Bezirksleiter Roman Zitzelsberger** im Interview in der Kontext-Wochenzeitung vom 27. August 2014 unterstützen wir nachdrücklich. Ebenso unterstützen wir die **Initiative zur Konversion** für die wehr- und sicherheitstechnische Industrie, wie sie **im Positionspapier der IG Metall** „Entwicklungen der wehr- und sicherheitstechnischen Industrie in Deutschland“ vorgeschlagen wird.

## **Für eine aktive Friedenspolitik**

Die IG Metall blickt mit Sorge auf die zunehmende Zahl von Kriegen, Gewaltkonflikten und Verbrechen gegen die Menschlichkeit in der Welt. Sie bringen nicht nur unendliches Leid über die betroffenen Menschen, sondern führen auch in nicht davon betroffenen Ländern und Regionen zu erheblicher Verunsicherung. Die Außen- und Sicherheitspolitik Deutschlands muss sich im Bewusstsein der historischen Verantwortung für Frieden in der Welt und insbesondere in Europa einsetzen. Daher lehnen wir jegliche politische Handlungen und Entscheidungen, die Konflikte und Kriege befördern sowie die Verfolgung von geopolitischen Interessen unter dem Vorwand der humanitären Hilfe ab und setzen uns für konfliktlösende Aktivitäten ein. Wir fordern deshalb auch eine transparente und restriktive Handhabung von Waffenexporten.

Jeder Konflikt kann aus unterschiedlichen Perspektiven bewertet werden. Als Einheitsgewerkschaft organisiert die IG Metall Menschen, die sich in ihren politischen Präferenzen und Perspektiven unterscheiden. Dabei eint uns die Überzeugung, dass Krieg und der Bruch völkerrechtlicher Vereinbarungen keine Mittel zur Konfliktbewältigung sind. Gerade die katastrophalen Zustände in den verschiedenen Teilen der Welt belegen erneut: militärische Interventionen setzen nur allzu oft eine Eskalationsspirale in Gang und leisten keinen Beitrag zu einer zivilen Konfliktlösung. Die Entscheidung, militärisch einzugreifen, kann nur als Ultima Ratio-Prinzip durch den UN-Sicherheitsrat getroffen werden. Nur er ist dazu legitimiert, über Interventionen zu entscheiden.

Angesichts zunehmender Krisen, Konflikte und Gewaltausbrüche geht es nicht darum, dass Deutschland international mehr Verantwortung übernimmt, es sei denn in der Rolle als friedensstiftender Akteur. Das erfordert eine engagierte Rolle Deutschlands. Sanktionsmaßnahmen können dabei keine diplomatischen Bemühungen ersetzen.

Gegenwärtig sind weltweit 51 Millionen Menschen als Flüchtlinge, Asylbewerber oder Binnenvertriebene heimatlos. Diese Menschen befinden sich in einer existenzbedrohenden Lage.

Die IG Metall fordert die Bundesregierung auf:

- den von kriegerischen Handlungen und von Gewalt betroffenen Menschen beizustehen und humanitäre Hilfe zu leisten; dies schließt eine offenere und solidarische Flüchtlingspolitik ein.
- friedensstiftende und völkerverständigende Maßnahmen zu intensivieren, durch Förderung von Demokratie, sozialer Gerechtigkeit sowie wirtschaftlicher Entwicklung und Beteiligung
- Krieg nie als politisches Mittel einzusetzen.

IG Metall Vorstand

21. ordentlicher Gewerkschaftstag  
04. bis 11. November 2007



---

### Rüstungskonversion

Beratungs-Nr. 4 :  
1.064

Antragssteller:  
Hannover

DER 21. ORDENTLICHE GEWERKSCHAFTSTAG MÖGE BESCHLIEßEN:

Der Vorstand der IG Metall wird aufgefordert, Rüstungskonversionsansätze in der Metallwirtschaft weiterhin aktiv zu unterstützen und das "Arbeitsprogramm Rüstungskonversion" (Schriftenreihe 143 aus 1998) der IG Metall zu aktualisieren.

Noch vorhandene betriebliche Arbeitskreise Konversion sowie die IG Metall Interessenvertreter und Interessenvertreterinnen aus Rüstungsbetrieben sollen zu einer IG Metall Konversionskonferenz eingeladen werden. Zielsetzung einer solchen Konferenz ist der Austausch der betrieblichen Kompetenzen in Rüstungs- und Konversionsfragen. Die IG Metall muss wieder in diesem wichtigen Themenkomplex inhaltliches Profil gewinnen.

**Beschluss Gewerkschaftstag: Material an den Vorstand**

---